



Antrag

der Abgeordneten **Arif Taşdelen, Inge Aures, Dr. Simone Strohmayr, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann, Markus Rinderspacher, Christian Flisek, Harald Güller, Stefan Schuster, Doris Rauscher, Margit Wild, Michael Busch, Volkmar Halbleib, Martina Fehlner, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Ruth Müller, Annette Karl, Natascha Kohnen, Florian Ritter, Florian von Brunn SPD**

Kostenlose öffentliche Mobilität für alle Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende in Bayern gewährleisten!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in Abstimmung mit den Kommunen bis Ende des Jahres 2020 ein Konzept und einen Zeitplan vorzulegen, durch welche für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende in Bayern bis zum Ende ihrer Ausbildung

1. die Kostenfreistellung des allgemeinen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV),
2. die Kostenfreistellung der freigestellten Schülerverkehre (FSV) und deren bestmögliche Integration in den allgemeinen ÖPNV und
3. passgenaue Ausbau- und Verdichtungsprojekte sowie bessere Taktungen im öffentlichen Nahverkehr

umgesetzt werden sollen.

Begründung:

Junge Menschen in Bayern müssen und wollen mobil sein. Sie nutzen den ÖPNV unter anderem für die Fahrten zur Schule bzw. zur Ausbildungsstätte. Zugleich stehen den Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden und Studierenden dafür allerdings oftmals nur begrenzte finanzielle Mittel zur Verfügung. Hohe Preise im ÖPNV gefährden daher die Mobilität von jungen Menschen und können eine nachhaltige Entscheidung für den Umstieg vom Pkw auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel beeinträchtigen. Gerade für junge Menschen in Deutschland gewinnen die Themen Umweltschutz und Klimawandel erheblich an Bedeutung. Laut der aktuellen Shell-Jugendstudie aus dem Jahr 2019 benennen fast drei von vier Jugendlichen die Umweltverschmutzung als das Hauptproblem, das ihnen Angst macht, gefolgt von der Angst vor Terroranschlägen und dem weltweiten Klimawandel. Vor diesem Hintergrund ist es umso wichtiger, dass eine klimafreundliche Mobilität in Bayern gestärkt wird. Ein sozial verträglicher Klimaschutz in Bayern ist unabdingbar, um es Menschen mit begrenzten finanziellen Mitteln zu ermöglichen, den ÖPNV ungehindert zu nutzen.

Die jetzige Rechtslage gewährt den Schülerinnen und Schülern in Bayern bis zur 10. Klasse für die notwendige Beförderung Freiheit von den Schulwegkosten. Für Schülerinnen und Schüler an öffentlichen und staatlich anerkannten privaten Gymnasien, Berufsfachschulen (ohne Berufsfachschulen in Teilzeitform) und Wirtschaftsschulen ab Jahrgangsstufe 11, für Schülerinnen und Schüler an öffentlichen und staatlich anerkannten privaten Fachoberschulen und Berufsoberschulen sowie für Schülerinnen und Schüler im Teilzeitunterricht an öffentlichen und staatlich anerkannten privaten Berufs-

schulen werden die Kosten der notwendigen Beförderung vom Aufgabenträger auf Antrag im Nachhinein, soweit diese Kosten den Gesamtbetrag von zurzeit jährlich 440 Euro (§ 7 Schülerbeförderungsverordnung – SchBefV) übersteigen, erstattet. Durch die bisherige Selbstbeteiligung der Eltern an den Kosten der notwendigen Beförderung in Höhe der Familienbelastungsgrenze und dem System der nachträglichen Erstattung von Beförderungskosten entstehen diskriminierende Situationen für Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwachen Familien sowie ein unverhältnismäßig hoher Verwaltungsaufwand bei den Aufgabenträgern für die Bearbeitung der Erstattungsanträge. Durch die Kostenfreistellung sowohl des ÖPNV als auch des FSV bis zum Ende der Schul- oder Berufsausbildung können Familien deutlich entlastet werden. Damit der ÖPNV auch in der Zukunft im Vergleich zum motorisierten Individualverkehr attraktiver wird, ist es notwendig, dass der Freistaat jetzt handelt. Das derzeit vorherrschende Dickicht aus Zuständigkeiten und Strukturen von verschiedenen Aufgabenträgern und Finanzierungsquellen des ÖPNV ist durch die Integration der freigestellten Schülerverkehre (FSV) in den allgemeinen ÖPNV zu lichten.

Die Einführung der sog. 365-Euro-Tickets – von der SPD-Fraktion im Landtag gefordert und maßgeblich unterstützt – ist ein erster verkehrspolitischer Schritt in Richtung eines kostenlosen ÖPNV. Da jedoch die Einführung bislang nur auf einzelne Verkehrsverbünde beschränkt ist, werden Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende gerade in ÖPNV-strukturschwächeren Gebieten Bayerns abgehängt. Deshalb ist es nötig, durch massiven Ausbau von ÖPNV-Linien, -netzen und Verkehrsverbänden sowie durch eine bessere Taktung die richtigen Weichen für eine bayerische Verkehrswende zu stellen und die jungen Menschen mit kostenlosen, flächendeckenden und zuverlässigen ÖPNV-Angeboten abzuholen. Langfristiges Ziel muss die Schaffung eines einheitlichen landesweiten Verkehrsverbundes mit aufeinander abgestimmten Verbindungen, einem Ticket, flexiblen Verkehrslösungen und digitaler Unterstützung bei Information und Koordination in Bayern sein.